

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
(23. Ausschuß)

über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Adorno, Bau-
knecht, Maucher und Genossen zur dritten Beratung des Ent-
wurfs des Haushaltsgesetzes 1964

— Umdruck 437, Drucksachen IV/1700 Anlage, IV/2061 —

betr. **Fernschnellstraße Ulm-Lindau**

A. Bericht des Abgeordneten Faller

Anläßlich der dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1964 hat der Deutsche Bundestag in seiner 123. Sitzung am 16. April 1964 den Entschließungsantrag der Abgeordneten Adorno, Bauknecht, Maucher und Genossen — Umdruck 437 — betr. Fernschnellstraße Ulm—Lindau im Einzelplan 12 an den Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen federführend und an den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der mitbeteiligte Ausschuß hat mit Schreiben vom 14. Mai 1964 auf eine Stellungnahme in der Sache verzichtet und sich auf die Feststellung beschränkt, daß es aus grundsätzlichen Überlegungen der Raumordnung notwendig ist, so frühzeitig als möglich über die beabsichtigte Verkehrsplanung unterrichtet zu werden.

Der federführende Ausschuß hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 27. Mai 1964 diskutiert und den Antragstellern empfohlen, zunächst mit dem

Bundesministerium für Verkehr die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu klären. Das Bundesministerium für Verkehr wurde aufgefordert, bis zum 15. Juni 1964 das Ergebnis dieser Besprechungen dem Ausschuß vorzulegen.

Mit Schreiben vom 29. Januar 1965 hat der Bundesminister für Verkehr mitgeteilt, daß nach drei Gesprächen mit Vertretern der Antragsteller, in denen der gesamte Fragenkomplex nochmals erörtert wurde, der Trassierung der im Ausbauplangesetz enthaltenen Bundesfernstraße Ulm—Lindau auf dem Abschnitt Memmingen—Lindau nichts mehr im Wege steht.

Da nach dieser Mitteilung dem Begehren der Antragsteller entsprochen ist, hat der federführende Ausschuß in seiner 74. Sitzung am 11. Februar 1965 einstimmig beschlossen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Bonn, den 23. Februar 1965

Faller

Berichterstatler

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag — Umdruck 437 — für
erledigt zu erklären.

Bonn, den 11. Februar 1965

**Der Ausschuß für Verkehr,
Post- und Fernmeldewesen**

Dr. Bleiß
Vorsitzender

Faller
Berichterstatter